



Model United Nations Schleswig-Holstein 2016

Wirtschafts- und Sozialrat

Einführung in die Themen

Sehr geehrte Delegierte,

wir sind Maximilian Reichhelm, Svea Ramdorf und Leo Ubben und möchten Sie ganz herzlich im Wirtschafts- und Sozialrat von MUN-SH 2016 willkommen heißen! Es ist uns eine Ehre, für die Dauer der Konferenz in Ihrem Gremium den Vorsitz innezuhaben und wir freuen uns darauf, Ihren Debatten zu folgen. Zunächst möchten wir uns Ihnen kurz vorstellen:



Maximilian Reichhelm ist seit 2010 in verschiedenen Funktionen an der Organisation von MUN-SH beteiligt. In diesem Jahr wird er dem Wirtschafts- und Sozialrat vorsitzen. Maximilian macht eine Ausbildung zum Gesundheits- und Krankenpfleger.



Svea Ramdorf ist 2011 ins Team von MUN-SH gewechselt und war seitdem Gremiovorsitzende und hat Veranstaltungen organisiert. In diesem Jahr organisiert sie die Teilnehmendenvorbereitungstreffen und ist Gremiovorsitzende des Wirtschafts- und Sozialrates. Svea studiert Biochemie in Halle (Saale).



Nach der Teilnahme bei MUN-SH 2015 als Delegierter im Menschenrechtsrat wechselte **Leo Ubben** dieses Jahr ins Team. Dort ist er im Team der Teilnehmendenwerbung und als Chair des Wirtschafts- und Sozialrats aktiv. Außerhalb von DMUN-Konferenzen nahm er zweimal an der englischsprachigen MUNOL-Konferenz teil. Leo Ubben besucht die 13. Klasse am Gymnasium Schwarzenbek.



Der Wirtschafts- und Sozialrat tagt einmal jährlich im Juli abwechselnd in New York und in Genf. Von ihm verabschiedete Resolutionen sind völkerrechtlich nicht verbindlich und haben den Charakter von Handlungsempfehlungen an die betroffenen Staaten und an die Generalversammlung (GV). Am Ende der thematischen Einführungen finden Sie noch einige Hinweise zum Völkerrecht, die für Sie während der Konferenz hilfreich sein könnten. Die GV wählt jährlich ein Drittel der WiSo-Mitglieder neu. Wiederwahlen sind dabei zugelassen und auch an der Tagesordnung. So arbeitet Deutschland etwa seit 1974 ohne Unterbrechung in diesem Gremium.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben sind dem WiSo zahlreiche Kommissionen, Sonderorganisationen und Programme untergeordnet, für die er als Obergremium tätig ist. So arbeiten beispielsweise das Forum für nachhaltige Entwicklung und die Kommission für Wissenschaft und Technik beide dem WiSo zu.

Der WiSo kann Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei den Vereinten Nationen akkreditieren, welche dann gremienübergreifend auf ihre Ziele aufmerksam machen können.

Inhaltlich beschäftigt sich das Gremium mit der Schaffung besserer Lebensbedingungen in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht und es koordiniert die Arbeit der Vereinten Nationen zu diesen Themengebieten.

Sie werden sich auf dieser Konferenz mit den Themen „Die Situation in Flüchtlingslagern“ (Fragen dazu an Maximilian Reichhelm – m.reichhelm@mun-sh.de), „Strategien zur Katastrophenrisikominimierung“ (Leo Ubben – l.ubben@mun-sh.de) und „Möglichkeiten gemeinsamer Hilfsaktionen in humanitären Krisensituationen“ (Svea Ramdorf – s.ramdorf@mun-sh.de) beschäftigen. In dieser Einführung finden Sie zu jedem dieser Themen Texte, die Sie bei Ihrer Vorbereitung unterstützen sollen. Lesen Sie diese Texte aufmerksam und nutzen Sie auch die angegebenen Quellen für die Erstellung der Positionspapiere sowie Ihres Arbeitspapiers! Weitere Hinweise für das Verfassen der Papiere und die Recherche finden Sie im Kapitel „Vorbereitung“ des Handbuchs. Natürlich helfen wir Ihnen bei Fragen oder Problemen gerne weiter. Scheuen Sie sich also nicht, uns zu kontaktieren.

Abschließend wünschen wir Ihnen eine erfolgreiche Vorbereitung und freuen uns, Sie Anfang März im Kieler Landtag begrüßen zu dürfen!

Maximilian Reichhelm, Svea Ramdorf und Leo Ubben

Die Situation in Flüchtlingslagern

Einführung

Die Flüchtlinge, die nach Europa drängen, sind angesichts der Krisen im Mittelmeer mittlerweile ein fast schon das Politik bestimmende Thema auf dem Kontinent. Aber nicht nur in Europa reißt der Flüchtlingsstrom nicht ab. Besonders die Konflikte im Nahen Osten treiben Hunderttausende dazu, ihre Heimat zu verlassen. Ende 2014 waren ca. 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist die höchste Zahl, die jemals von Hochkommissariat für Flüchtlinge verzeichnet wurde. 2014 flohen somit im Durchschnitt pro Tag 42.500 Menschen. Der letzte Bericht der Vereinten Nationen nutzt einen Vergleich um diese Zahl fassbarer zu machen: Wären alle Menschen auf der Flucht Bürgerinnen und Bürger eines einzigen Landes, wäre dies die 24.-größte Nation der Welt. Gleichzeitig konnten nur 126.800 Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren – die niedrigste Anzahl seit 31 Jahren.

Wer ist ein Flüchtling?

Ein Flüchtling ist eine Person, die "...aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will." (Genfer Flüchtlingskonvention von 1951). Man muss daher zwischen jenen, die aus ihrer Heimat flüchten mussten und jenen, die „freiwillig“ in ein anderes Land reisen, unterscheiden. Flüchtlinge sind somit Menschen, die gezwungen werden. Menschen, die sich freiwillig auf den Weg machen, sind Migranten. Häufig sind sie auf der Suche nach einer besseren wirtschaftlichen Perspektive. So sind zum Beispiel die 'Boatpeople', die sich in Booten von der afrikanischen Küste nach Europa aufmachen, überwiegend Migranten. Diese Menschen un-

terstehen nach wie vor dem Schutz ihres Heimatlandes, während Flüchtlinge sich gerade deshalb auf den Weg machen, weil ihr Heimatland sie nicht mehr schützen kann oder will. Sie haben meist keine Habseligkeiten oder Dokumente bei sich.

Ein Flüchtlingslager

Viele Menschen, die auf der Flucht sind, landen im Laufe ihrer Flucht in einem Flüchtlingslager. Dabei gibt es recht unterschiedliche Typen. Es gibt zum einen die schnell errichteten, meist nur kurz bestehenden Camps, beispielsweise infolge von Umweltkatastrophen oder Hungersnöten. Die Menschen werden dort untergebracht, bis der Wiederaufbau abgeschlossen ist oder bis sich die Ernährungssituation wieder entspannt hat. Die anderen Lager sind in vielen Staaten sogenannte Erstaufnahmelager, in denen ankommende Menschen übergangsweise untergebracht werden, bis sie anderweitig weiter verteilt werden. Es gibt aber auch in viele Krisenregionen regelrechte Ausreiselager, in denen sich Menschen sammeln, um ihre Flucht zu organisieren und zu planen.

Die Anforderungen an ein Flüchtlingslager sind vielfältig und stellen die Staaten vor zahlreiche Herausforderungen:

1. Ein Flüchtlingslager soll Schutz und Zuflucht vor Gewalt und Verfolgung sein. - Diese Aufgabe übernehmen in der Regeln staatliche Stellen.
2. Die Menschen sollen eine angemessene Versorgung erhalten und für die Dauer des Aufenthaltes ein würdiges Leben führen können. Das Welternährungsprogramm, kurz WFP (Ernährung), das Hochkommissariat für Flüchtlinge, kurz UNHCR (Unterkünfte, Grundausrüstung und Organisation) sowie zahlreiche Hilfsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen (als Beispiel das Technische Hilfswerk beim Bau von Brunnen) sind hier tätig.
3. Im Falle von physischen oder psychischen Verletzungen soll die medizinische Erstversorgung sichergestellt werden. Zahlreiche Hilfsorganisationen wie



Ärzte ohne Grenzen arbeiten in diesem Bereich.

4. Eine Zusammenführung von Familien soll angestrebt werden.
5. In den Lagern sollen Flüchtlinge eine Perspektive für ein Leben nach dem Flüchtlingslager entwickeln können.

Alle diese Aspekte sind je nach Jahreszeit, der Zahl der untergebrachten Personen und der innerstaatlichen Situation gewaltige Aufgaben.

Probleme

Viele Flüchtlingslager sind dynamisch wachsende Konstruktionen. Selten gibt es einen Masterplan, häufig wird nur auf ein aktuelles Bedürfnis reagiert oder ein akutes Problem behoben. Dadurch wachsen nicht selten Strukturen, die später in anderem Kontext Schwierigkeiten bereiten.

1. Ort der Zuflucht und des Schutzes

Flüchtlingslager, welche in Konfliktgebieten liegen, können von Konfliktparteien angegriffen werden. Es ist angesichts der Größe von manchen Lagern häufig sehr schwer, diese vor gewaltsamen Übergriffen und Plünderungen zu schützen, da vielen Staaten die notwendigen Mittel nicht besitzen. Nicht selten geben sich Rebellen, Mitglieder krimineller Banden und dem organisierten Verbrechen als Mitglieder von Hilfsorganisationen aus. Sie bemächtigen sich dann der Hilfsgüter und nutzen diese als Nachschub für die eigenen Gruppierungen. Dies schadet dem so wichtigen Vertrauensverhältnis zwischen Flüchtlingen und Helfern. Nicht nur von außen wird die Sicherheit bedroht. Es kommt immer wieder zwischen den Bewohnern zu Streit um Nahrungsmittel, Wasser oder Schlafplätze. Angesichts von mehreren Tausend Menschen auf engstem Raum bedarf es eines internen Sicherheitsdienstes. Wenn es einen solchen überhaupt gibt, so fehlt meist Ausrüstung oder das Personal ist nur unzureichend ausgebildet. Kommt es zu Unruhen, ist weitere Gewalt die Folge.

Aber nicht nur Hilfsgüter und deren Verteilung sind der Nährboden für Konflikte. Immer wieder treffen eigentlich verfeindete Ethnien, Anhänger verschiedener Religionsgemeinschaften oder

politischer Fraktionen in einem Lager aufeinander. Diese zu trennen stellt die Organisatoren der Camps vor immense Herausforderungen.

2. Angemessene Versorgung und ein würdiges Leben

Die Flüchtlingslager entstehen häufig als provisorische Zeltstädte. Es werden viele Menschen auf engstem Raum untergebracht. Besonders strenge Winter, heiße Sommer oder schwere Regenfälle stellen hier eine besondere Gefahr dar. Aufgrund der unzureichenden Unterbringung sind besonders Kinder, Kranke und alte Menschen von den Folgen extremer Wetterlagen bedroht. Für tausende Menschen werden sanitäre Anlagen gebraucht. Auch andere Gebäude wie Krankenstationen, Gotteshäuser, Kantinen, Schulen und Gemeinschaftsunterkünfte werden benötigt. Nach der Errichtung kommt die eigentliche Herausforderung: Diese Einrichtungen müssen instand gehalten werden.

Auch die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung werden zu einem Problem. Im Schnitt versorgt ein Brunnen hundert Flüchtlinge mit Trinkwasser. In trockenen Regionen muss jeder Tropfen Trinkwasser mit Lastwagen herangeschafft werden. Besonders in jenen Regionen kommt es immer wieder zu Konflikten mit der lokalen Bevölkerung. Diese fühlt sich um die ohnehin schon knappe Ressource Wasser betrogen. Für Abwasser gibt es meist ebenfalls keine Infrastruktur. Millionen Liter aus Sanitäranlagen, Duschen und Waschküchen gelangen ungeklärt in die Umwelt oder müssen mühsam zur Aufbereitung abtransportiert werden. Im Schnitt stehen einem Bewohner 20 Liter Wasser für alle Aktivitäten des täglichen Lebens zur Verfügung. In trockenen Regionen teilweise sogar nur vier Liter. Zum Vergleich: Ein deutscher Bundesbürger verbraucht am Tag 130 Liter Wasser. Angesichts dieser Wasserknappheit ist es nicht verwunderlich, dass es vor den Ausgabestellen schon sehr früh am Tag lange Schlangen gibt.

Auch die Nahrungsmittelverteilung stellt die Hilfsorganisationen vor Herausforderungen. Sie müssen versuchen sicherzustellen, dass jeder Bewohner seinen Anteil abbekommt. Auf dem Weg zu den Unterkünften sind besonders Kinder, Frauen und ältere Menschen dem Risiko



ausgesetzt, Opfer von Dieben zu werden. Neben diesen internen Problemen ist bereits der Transport schwierig. Die Straßenverhältnisse in Krisen- und Konfliktregionen sind schlecht, die bestehenden werden von den Konfliktparteien oft durch Checkpoints überwacht. Hier müssen die Helfer dann Zölle für die Nutzung zahlen und finanzieren auf diesem Weg den Konflikt selbst. Im schlimmsten Fall behalten die Rebellen und Soldaten den Inhalt der Konvois sogar direkt ein.

3. Medizinische Versorgung

Oftmals herrschen in den Flüchtlingslagern katastrophale hygienische Bedingungen, welche durch ein schlechtes Abwassermanagement und die große Enge entstehen. Infektionskrankheiten wie Cholera breiten sich rasend schnell aus. Häufig treffen die Krankheiten die Schwächsten der Flüchtlinge, die mit den Folgen von Flucht, Mangel- und Unterernährung und unzureichenden Unterkünften besonders zu kämpfen haben. So stellen nicht nur Infektionskrankheiten, sondern auch eigentlich harmlose Krankheiten wie Durchfall – verursacht durch den fehlenden Zugang zu sauberem Trinkwasser – ein großes gesundheitliches Risiko dar. Erschwerend kommt hinzu, dass es für eine Bekämpfung fast immer an den notwendigen Medikamenten und Ärzten sowie anderem ausgebildeten medizinischen Personal fehlt. Im Schnitt kommen zwei Ärzte und fünf Pflegekräfte auf 10.000 Flüchtlinge.

Viele Flüchtlinge kommen traumatisiert in den Lagern an und benötigen eigentlich psychologische Betreuung. Viele entwickeln eine posttraumatische Belastungsstörung, kämpfen mit Angstzuständen und Panikattacken. Während die körperlichen Verletzungen behandelt werden, bleiben diese psychischen Verletzungen unbeachtet. Selbst wenn die Flüchtlinge therapeutisch begleitet werden, fehlt angesichts der Masse an Opfern das notwendige Personal.

4. Familienzusammenführung

Häufig sind Familienzusammenführungen in Flüchtlingslagern schwierig, da die Flüchtlinge beispielsweise ihre Ausweisdokumente im Zuge der Flucht zurücklassen mussten oder verloren haben. Somit stellt es die Hilfsorganisationen und Betreiber der Flüchtlingslager vor eine große Herausforderung, einen exakten

Überblick über die ankommenden Flüchtlinge zu haben. Aus Angst nicht aufgenommen zu werden oder auf Grund von Sprachbarrieren, machen Flüchtlinge bei der Registrierung falsche oder unvollständige Angaben. Die Buchführung erfolgt meist nicht elektronisch.

Zudem läuft die Kommunikation zwischen den verschiedenen Flüchtlingslagern eher schleppend, da Personal fehlt. Zudem wird ein sehr enger Familienbegriff verwendet, der in vielen Fällen Bezugspersonen außerhalb der Kernfamilie wie Pflegeeltern, Verwandte zweiten Grades oder Großeltern ausschließt.

5. Perspektivenentwicklung

Flüchtlingslager bieten denkbar schlechte Voraussetzungen für die Flüchtlinge Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Wenn Unterricht stattfindet, findet dieser meist unter freiem Himmel oder in behelfsmäßigen Zelten statt. Es fehlt an Materialien für die Schüler und an Lehrern. Wenn es Schulen gibt, so besuchen fast 100% der Kinder eines Camps diese – ein Grund ist die sichere warme Mahlzeit am Tag.

Es gibt kaum Arbeit in den Lagern, sodass Langeweile den Alltag dominiert. In dieser Atmosphäre sind besonders junge Männer anfällig für die Versprechungen von radikalen Gruppierungen und Rebellengruppen. Sicherheitsorgane gehen derzeit davon aus, dass Flüchtlingscamps zu einem wichtigen Rekrutierungsort geworden sind. Die wenigen, die welchen haben, kaufen mit ihrem Lohn auf den Schwarzmärkten, die in der Regeln ganz offen unter den Augen der Koordinatoren existieren, Alkohol, Zigaretten, Süßigkeiten, Lebensmittel oder Elektronik.

Auch die Integration der Menschen ist schwer. Es gibt Sprachbarrieren, Vorbehalte der lokalen Bevölkerung und realwirtschaftliche Hemmnisse. Ein großer Teil der Flüchtlingslager befindet sich in Entwicklungsländern. Die regionalen Wirtschaftsstrukturen sind häufig nicht in der Lage die Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Auch lokale politische Gruppen sperren sich gegen eine Integration. Aber auch die Flüchtlinge selbst sehen zum Teil diesen Schritt sehr kritisch, denn er bedeutet die Heimat aufzugeben und einen absoluten Neustart zu wagen.



6. Finanzierung

Genauere Zahlen für die durchschnittlichen Kosten eines Flüchtlingslagers anzugeben ist sehr schwer. Sie variieren je nach Anzahl der untergebrachten Personen, der Ausstattung des Lagers und den Rahmenbedingungen. Um sich eine grobe Vorstellung von den möglichen Kosten zu machen, soll hier das Camp Zaatari (auch Saatari, arabisch مخيم الزعتري) im Norden Jordaniens als Beispiel dienen. Es gilt allgemein als das größte Lager seiner Art und wird vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR betrieben. Nach Schätzungen des UNHCR finden 79.000 Menschen in diesem Lager Zuflucht; unter anderem vor dem Bürgerkrieg in Syrien. Das Camp hat sich seit seiner Gründung am 29. Juli 2012 wegen großer Fluchtbewegungen aus Syrien enorm vergrößert. Das in nur neun Tagen von Jordanien errichtete Camp verfügt über eine Hauptstraße mit Marktständen und Läden; es wurden Schulen gebaut, ein Fußballplatz angelegt, Gemeinschaftsküchen, Sanitäranlagen und vieles weitere errichtet. Zur Verwaltung des Lagers wurden Bezirke eingerichtet und sogar Straßennamen vergeben, damit jede Person auch durch eine feste Adresse wiederzufinden ist.

All dies kostet sehr viel Geld. Pro Tag werden 500.000 US-Dollar benötigt. Bis zum Beginn der Konferenz besteht das Camp 1313 Tage. Die Kosten werden sich bis zum Beginn von MUN-SH 2016 bei aktueller Entwicklung auf ca. 656,5 Mio. US-Dollar belaufen. Da zahlreiche Flüchtlingslager in wirtschaftlich schwächeren Regionen und Staaten stehen, ist die zusätzliche Belastung sehr schwer zu stemmen. Die Konsequenz ist, dass entweder umfangreiche Spendengelder benötigt werden oder aber an der Versorgung gespart wird. Bildung und medizinische Versorgung leiden häufig als erstes unter dem Sparszwang.

Punkte zur Diskussion

Der Wirtschafts- und Sozialrat hat sich mit diesem Thema einer wichtigen Herausforderung gestellt. Kann er erfolgreich eine umfassende Resolution verabschieden, so kann aus der Flüchtlingskrise eine Flüchtlingschance für die Menschen und die aufnehmenden Nationen werden. Damit dies der Fall ist, muss sich die

internationale Gemeinschaft über folgende Aspekte grundlegend Gedanken machen:

1. Angemessene Versorgung

Wie kann schnell ausreichend Material zu den Orten transportiert werden? Bisher gibt es zwei Hauptlagerzentren (Kopenhagen und Dubai) des Hochkommissariats für Flüchtlinge für Hilfsgüter wie Zelte, Decken, Matratzen, Plastikplanen, Kochgeschirr und Wasserkanister. Soll es mehrere geben? Wenn ja, wo sollen diese entstehen?

Wie kann auf harte Wetterlagen sinnvoll reagiert werden? Soll von Zelten schnell auf festere Behausungen umgestellt werden? Wenn ja, ab wann ist es sinnvoll?

Wie kann die Versorgung mit Trinkwasser optimiert werden? Wie kann dabei auf die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung Rücksicht genommen werden?

Wie kann eine bessere Abwasserversorgung sichergestellt werden? Wäre die Errichtung von Kläranlagen eine Maßnahme?

Wie kann die Nahrungsversorgung sichergestellt werden, ohne dabei Konfliktparteien zu unterstützen?

2. Medizinische Versorgung

Wie können die knappen medizinischen Kapazitäten möglichst effektiv eingesetzt werden? Kann durch eine bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser sowie eine Lösung der Abwasserfrage das Problem entschärft werden?

3. Perspektivenentwicklung

Wie kann für Flüchtlinge in Flüchtlingslagern eine Zukunftsperspektive aufgebaut werden? Ist der Bau von Schulen eine gute Maßnahme? Wer soll in diese Schulen gehen? Sollen Ausbildungsmöglichkeiten mit geschaffen werden? Wie kann sinnstiftende Arbeit in den Lagern geschaffen werden? Soll man die Fähigkeiten wie Erfahrung in der Landwirtschaft nutzen, um zugleich die Ernährungssituation zu verbessern? Wie kann eine Integration ermöglicht werden? Ist Sprachunterricht eine Maßnahme? Sollte die lokale Bevölkerung aufgeklärt werden und/oder mit eingebunden werden?



Neben all diesen Aspekte ist eine Fragestellung ganz entscheidend: Ein Lager von tausenden Menschen erfordert Verwaltungs- und Logistikaufwand wie eine Stadt. Woher soll das Personal kommen? Sollten vielleicht einheitliche Masterpläne für Camps in Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen entwickelt werden? Man könnte für diese Pläne passendes Material zusammenstellen, sodass ein vollständiges Flüchtlingslager für 5000 Personen als Beispiel vollständig versandfertig ist.

Nicht zuletzt sollte der Wirtschafts- und Sozialrat bei seinen Beratungen aber auch die Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen denken. Schließlich können die beschlossenen Maßnahmen nur effektiv sein, wenn auch ihre langfristige Finanzierung gesichert ist. Doch woher soll das Geld kommen? Sollen hierbei alleine Staaten in die Last tragen oder ist es auch denkbar, andere Akteure aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen? Mit einem guten Maßnahmenpaket, dessen Finanzierung gesichert ist, kann es der Wirtschafts- und Sozialrat schaffen, die Situation in Flüchtlingslagern zu verbessern, um, wie es in der Charta heißt, "den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern".

Wichtige Dokumente

- Homepage des Hochkommissariates für Flüchtlinge (englisch): <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/home>
- Bericht des Hochkommissariates für Flüchtlinge (englisch): https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fileadmin/redaktion/PDF/UNHCR/Global_Trends_2014.pdf
- Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen (deutsch): http://www.unhcr.de/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1_international/1_1_voelkerrecht/1_1_1_FR_int_vr_GFK-GFKundProt_GFR.pdf
- Handbuch und Richtlinien über Verfahren und Kriterien zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft (deutsch):

http://www.unhcr.de/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1_international/1_1_voelkerrecht/1_1_2_FR_int_vr_handb-Handbuch.pdf

- Richtlinien des Hochkommissariates für Flüchtlinge: [http://www.unhcr.de/recht/international/fluechtlingsrecht.html?tx_n4mrechtsdatenbank_pi1\[catid\]=19](http://www.unhcr.de/recht/international/fluechtlingsrecht.html?tx_n4mrechtsdatenbank_pi1[catid]=19)
- Zahlreiche Dokumente zum Thema internationales Flüchtlingsrecht: <http://www.unhcr.de/recht/international/fluechtlingsrecht.html>

Weiterführende Links

- Ein Tag in einem Flüchtlingslager: <http://www.ein-tag-im-fluechtlingslager.org/>
- Zahlreiche Berichte von Flüchtlingen zu unterschiedlichen Aspekten: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/fluechtlinge/fluechtlinge-erzaehlen.html>
- Bericht aus einem deutschen Flüchtlingslager: <http://www.zeit.de/karriere/beruf/2015-09/fluechtlingslager-leiter-beruf>
- Geschäft mit den Flüchtlingen: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-09/european-homecare-fluechtlingsheime>
- Integration von Flüchtlingen: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-06/syrien-jordanien-fluechtlinge>
- Situation in einem jordanischen Flüchtlingslager: <http://www.n-tv.de/politik/Zaatari-ist-das-Ende-aller-Hoffnung-article14008721.html>
- Homepage des UNHCR zum Flüchtlingslager Zaatari: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/settlement.php?id=176®ion=77&country=107>
- Bericht über die Situation im Zaatari-Flüchtlingscamp in Jordanien: <http://www.unhcr.de/home/artikel/7f79f4140f1b5c116a137a45e79b97e6/>



[drei-jahre-zaatari-fluechtlingscamp-herausforderung-fuer-tausen.html](#)

Strategien zur Katastrophenrisikominimierung

Einführung

Erdbeben in Nepal und Pakistan, Hurrikan "Joaquin" in Amerika und Hochwasser in Europa - die Bilder verheerender Naturkatastrophen haben sich in unser Gedächtnis gebrannt. Hilfsorganisationen sind im Ernstfall meist schnell vor Ort. Aber angesichts der steigenden Anzahl und Intensität von Naturkatastrophen setzen sich viele Staaten nicht nur für Hilfsprogramme ein, sondern auch für den wirksamen Schutz vor Naturkatastrophen. Genau darum geht es bei der Katastrophenrisikominimierung, auch Katastrophenvorsorge genannt: eine Politik der Prävention und Vermeidung von Naturkatastrophen.

Nach Berechnungen des UN-Sekretariates für Katastrophenrisikominimierung (UNISDR) sind von 2005 bis 2015 mindestens 700.000 Menschen bei Naturkatastrophen ums Leben gekommen, weitere 1,7 Milliarden waren betroffen. Hinzu kommt ein ökonomischer Schaden von etwa 1,4 Billionen US-Dollar. Alle Nationen sind von entsprechenden Naturereignissen betroffen, allerdings sind die Opferzahlen und der Schaden in Entwicklungsländern aufgrund fehlender Infrastruktur, Aufklärung und Frühwarnsysteme besonders hoch.

Aktuelle Entwicklung

Vom 14. bis 18. März 2015 fand die dritte Weltkonferenz der Vereinten Nationen zur Katastrophenrisikominimierung in Sendai (Japan) statt. Das verabschiedete „Sendai-Rahmenwerk“ beinhaltet sieben globale Ziele für vorausschauendes Risikomanagement und die Reduzierung von Katastrophenrisiken. Zuvor galt das im Jahr 2005 verabschiedete „Hyogo-Rahmenwerk“, das sich vor allem auf die Verminderung von Katastrophen konzentrierte. Kritisiert wurden an dieser Vereinbarung vor allem unpräzise Formulierungen, die den 168 Unterzeichnerstaaten großen Handlungsspielraum ließen. Darüber hinaus enthielt das „Hyogo-Rahmenwerk“ keinen Sanktionsmechanismus.

Im neuen „Sendai-Rahmenwerk“ liegt der Fokus nun vor allem auf der Steigerung der Widerstandsfähigkeit und der Vorbereitung auf Risiken. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon betonte in Sendai, dass „der Klimawandel die Risiken für Hunderte Millionen Menschen stark erhöht und dies besonders in kleinen Inselentwicklungsländern und in Küstengebieten. All die schmerzhaften Lektionen, die uns durch Katastrophen erteilt wurden, [müssen nun] in eine neue Politik für eine bessere Zukunft [umgesetzt werden]“. Damit erkennt der Generalsekretär an, dass der globale Klimawandel die Hauptursache für den radikalen Anstieg an Naturkatastrophen ist.

Anders als im „Hyogo-Rahmenwerk“ soll bei der Katastrophenvorsorge nicht mehr versucht werden, Erdbeben, Tropenstürme, Hochwasser etc. an sich zu bekämpfen, sondern hauptsächlich die Zahl an Katastrophen zu vermindern, die zu Verlusten für die Menschheit führen. Die Naturereignisse bilden also ein natürliches Risiko für die Menschheit, die lernen muss, damit umzugehen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden vier Prioritäten verankert:

Priorität 1: Katastrophenrisiken verstehen

Um Risiken zu minimieren, müssen das Naturereignis selbst, seine Ausmaße und Gefahren sowie das Schadenspotential eingeschätzt und verstanden werden. Insbesondere der Einsatz technischer Mittel zur Wetterforschung soll verstärkt werden, um sich auf Naturrisiken einzustellen.

Priorität 2: Katastrophenrisikominimierung stärker in die Regierungsführung einbinden

Katastrophenvorsorge soll in die lokale, nationale und internationale Regierungsführung eingebunden werden. Außerdem sollen die Zivilbevölkerung, der private Sektor sowie nationale und internationale Organisationen bei der Vorsorge mitwirken. Wichtig ist der Zusammenhalt lokaler und nationaler Akteure, um Aufgaben und Verantwortungen sinnvoll zu verteilen.

Priorität 3: Investitionen in Katastrophenrisikominimierung

Sowohl der öffentliche als auch der private Sektor sollen in Katastrophenrisikoprävention und -minimierung investieren, um die wirtschaftliche und soziale Widerstandsfähigkeit sowie die der



Umwelt zu erhöhen. Dies soll zu Innovationen und Schaffung neuer Arbeitsplätze führen.

Priorität 4: Sich besser auf Katastrophen einstellen

Um nach einer Naturkatastrophe möglichst schnell zu reagieren, sollen der Wiederaufbau und die Erneuerung schon vorher geplant sein, damit genügend Kapazitäten zur Verfügung stehen. Dabei soll besonders auf die angemessene Versorgung von Frauen und Menschen mit körperlicher oder geistiger Einschränkung eingegangen werden.

Im "Sendai-Rahmenwerk" haben sich die Staaten außerdem auf sieben globale Ziele geeinigt:

- Die Sterbewahrscheinlichkeit durch Katastrophen bis 2030 substantiell verringern, darauf abzielend, die durchschnittliche weltweite Sterberate pro 100.000 zwischen 2020 und 2030 im Vergleich zu den Jahren 2005 bis 2015 abzusenken;
- Die Anzahl weltweit betroffener Personen bis 2030 substantiell verringern, darauf abzielend, die durchschnittliche weltweite Zahl pro 100.000 zwischen 2020 und 2030 im Vergleich zu den Jahren 2005 bis 2015 abzusenken;
- Den direkten wirtschaftlichen Schaden in Bezug auf das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) verringern;
- Den Katastrophenschaden an kritischer Infrastruktur und die Störung der Grundversorgung, darunter Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, bei gleichzeitiger Verbesserung der Widerstandsfähigkeit bis 2030 substantiell verringern;
- Die Anzahl an Ländern mit nationalen und lokalen Strategien zur Katastrophenrisikominimierung bis 2020 substantiell steigern;
- Die internationale Kooperation zu Entwicklungsländern durch angemessene und nachhaltige Hilfe substantiell verbessern, um die nationalen Maßnahmen zur Umsetzung des aktuellen Rahmenwerkes zu ergänzen;

- Die Verfügbarkeit von und den Zugang zu multifunktionalen Frühwarnsystemen und Katastrophenrisiko-Informationen und ihre Auswertung für die Bevölkerung bis 2030 steigern.

Probleme und Konflikte

Im Großen und Ganzen sind sich Nationen und NGOs einig, dass in allen Regionen der Welt das Risiko von Naturkatastrophen verringert werden muss. Die Details geben aber Anlass zu Diskussionen.

Erstens: Als Hauptursache für die erhöhten Risiken und die steigende Zahl an Katastrophen gilt der Klimawandel. Allerdings wollten einige Länder diesen Zusammenhang nicht in das „Sendai-Rahmenwerk“ aufnehmen. Ein striktes Klimaabkommen bei der UN-Weltklimakonferenz in Paris im Dezember 2015 ist von großer Bedeutung für die Katastrophenrisikominimierung. Vor allem Inselstaaten wie Vanuatu und Kiribati, deren Landfläche bei einer weiteren Erhöhung des Meeresspiegels überflutet wird, sind darauf angewiesen, den Klimawandel zu stoppen. Andere Staaten scheuen finanzielle Verpflichtungen oder Einschränkungen ihrer Wirtschaft und berufen sich auf ihr Recht auf wirtschaftliche Entwicklung.

Zweitens: Laut Weltrisikoindeks sind hauptsächlich Entwicklungs- und Schwellenländer aus Südostasien und Zentralamerika einem hohen Risiko ausgesetzt, unter den Industrienationen nur die Volksrepublik China und Japan. Vielen betroffenen Staaten, u.a. Bangladesch, Philippinen und Vanuatu, fehlen jedoch die finanziellen Mittel zur Katastrophenvorsorge. Sie fordern deshalb finanzielle Hilfen und Investitionen von Industrienationen. Insbesondere die USA und andere Nationen aus der Regionalgruppe „Westeuropa und andere“ haben in Sendai jedoch klare Verpflichtungen verhindert. Die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) etwa fordert zur genaueren Vorhersage von Naturrisiken Investitionen für bessere Frühwarnsysteme. Der Einsatz von multifunktionalen Frühwarnsystemen ist auch im siebten Ziel des „Sendai-Rahmenwerkes“ verankert, allerdings kritisieren vor allem Entwicklungsländer die fehlenden Pläne zur Finanzierung dieses Vorhabens.



Einen weiteren Konflikt gab es in Sendai in Bezug auf die Zielsetzungen. Während die Entwicklungsländer klare Zahlen in den Zielen verankern wollten, einigten sich die Nationen letztlich auf die Formulierung „substanzielle Absenkungen“. Die Schweiz und Gastgeber Japan traten ebenfalls für klare Zielvorgaben ein.

UN-Organisationen und NGOs reagierten meist positiv auf das beschlossene Rahmenwerk. Die Weltgesundheitsorganisation WHO setzte sich dafür ein, den Schutz von Krankenhäusern und die medizinische Versorgung während Katastrophen stärker zu beachten. NGOs loben, dass laut „Sendai-Rahmenwerk“ in Katastrophenfällen auf betroffene Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung besondere Rücksicht genommen wird.

Punkte zur Diskussion

- Wie können die sieben globalen Ziele umgesetzt werden? Wie soll das Risiko von Naturkatastrophen verringert werden?
- Wie wird sichergestellt, dass die Vereinbarungen (aktuelle Resolutionen und „Sendai-Rahmenwerk“) eingehalten werden? Sind zur Umsetzung der Ziele einer effektiven Katastrophenvorsorge konkrete Zahlen und Indikatoren relevant? Wenn ja, wie sollen diese aussehen? Wenn nicht, wie wird gewährleistet, dass trotzdem „substanzielle Verbesserungen“ eintreten?
- Können internationale oder regionale Kooperationen und Projekte eingeführt werden, um Katastrophenrisiken zu minimieren?
- Gibt es klare Bekenntnisse zu Investitionen auf nationaler und internationaler Ebene? Sollte ein fester Betrag für Investitionen festgelegt werden? Wie sollen etwa Frühwarnsysteme finanziert werden?

Wichtige Dokumente

- „Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015“ („Sendai-Rahmenwerk 2015“):
http://www.preventionweb.net/files/43291_sendaiframeworkfordrren.pdf
(Englisch)
- Weltrisikobericht 2012 (Schwerpunkt: Umweltzerstörung und Katastrophen):
http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Mediathek/WRB_2012online_small.pdf
- Resolution zur „Gründung einer unbefristeten zwischenstaatlichen Experten-Arbeitsgruppe über Hinweise und Ausdrucksweise bezüglich Katastrophenrisikominimierung“ (A/RES/69/284) vom 3. Juni 2015:
<http://www.preventionweb.net/files/resolutions/N1516723.pdf>

Hilfreiche Quellen

- Zentrum Kürschner-Pelkmann, Frank: UN-Konferenz in Sendai: Wege zur Verminderung von Katastrophenrisiken, 20.03.2015:
<http://www.dgvn.de/meldung/un-konferenz-in-sendai-wege-zur-verminderung-von-katastrophenrisiken/>
- Rowling, Megan: Ten things to know about the Sendai disaster risk reduction deal, 23.03.2015:
<http://www.preventionweb.net/english/professional/news/v.php?id=43375>
- Mimizuka, Kayo: Critics blast U.N. disaster risk framework insufficient:
<http://www.japantimes.co.jp/news/2015/03/19/national/politics-diplomacy/critics-blast-u-n-disaster-risk-framework-insufficient/>
- Offizielle Seite des UNISDR (UN-Sekretariat für Katastrophenrisikominimierung):
<http://www.unisdr.org/who-we-are/what-is-drr>



- Offizielle Seite des UNISDR (UN-Sekretariat für Katastrophenrisikominimierung) (EN):
<http://www.unisdr.org/we/coordinate/sendai-framework>
- Hulot, Nicolas und Legarda, Loren: Für einen Aufruf aus Manila, 27.02.2015:
http://www.huffingtonpost.de/nicolas-hulot/aufruf-aus-manila-katastrophenschutz_b_6767804.html
- Offizielle Seite der „UN-Weltkonferenz zur Katastrophenrisikominimierung“:
<http://www.wcdrr.org/conference/programme/documentation>



Möglichkeiten gemeinsamer Hilfsaktionen in humanitären Krisensituationen

Einführung in das Thema

Aktuelle Krisen zeigen wieder deutlich, wie wichtig gemeinsame Hilfsaktionen sind. Seien es die Erdbebenkatastrophe in Nepal, der Ausbruch des Ebola-Virus oder die Flüchtlingskrise - in Katastrophenfällen ist schnelle Hilfe gefragt. Allerdings ist die Koordination der vorhandenen Ressourcen unabdingbar, damit diese effektiv genutzt werden und keine Lücken oder Doppelungen in der Versorgung entstehen. Da die letzte globale Diskussion zu diesem Thema fast 25 Jahre her ist, wird es Zeit, die Planung und Ausführung von Hilfsaktionen an den heutigen Stand der Erfahrung und der Technologie anzupassen.

In der Vergangenheit gab es bereits erste Versuche, die zur Verfügung stehenden Ressourcen zu bündeln und zu koordinieren. Allerdings fehlt bis heute eine globale Koordination. Diverse UN-Organisationen und NGOs sind in diesen Prozess involviert. Zu den wichtigsten Stellen gehören das UN-Amt für die Koordinierung von humanitären Angelegenheiten (Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, OCHA), welches die Reaktionen im Notfall durch den ständigen inter-institutionellen Ausschuss koordiniert. In diesem sitzen die Vertreter der in der humanitären Hilfe tätigen internationalen Organisationen, Fonds, Programme und Netzwerke, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Zu den vertretenen UN-Einrichtungen gehören die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), das Kinderhilfswerk (UNICEF), das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR), der UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), das Welternährungsprogramm (WFP) sowie die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Weitere ständige Teilnehmer sind z.B. das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Internationale Organisation für Migration, das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte, die Weltbank, der UN-Sonderbeauftragte für Binnenvertriebene sowie Nichtregierungsorganisationen.

Eine weitere wichtige Aufgabe des Ausschusses ist es, Bereiche zu finden, die durch Mandate der UN-Hilfsorganisationen nicht abgedeckt sind oder wofür es keine Kapazitäten gibt. Die Finanzierung von Hilfsaktionen wird größtenteils durch den Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF) geleistet. Dieser wurde 2005 durch die Generalversammlung als humanitärer Fonds gegründet, damit eine schnelle und zuverlässige Hilfe in Notsituationen erfolgen kann. Gelder stammen von Staaten, Einzelpersonen, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen. Der Fonds ist dem OCHA und der UN-Nothilfe Koordinatorin untergeordnet.

Eine weitere Stelle der Koordination bilden die Disaster Response Teams (DRTs), die aus einer Partnerschaft von DHL, Deutsche Post World Net und der OCHA entstanden sind. Sie sind verantwortlich für einen reibungslosen Transport von Hilfsgütern in die entsprechenden Gebiete.

Aktuelle Entwicklungen

Die wichtigste Resolution der Generalversammlung zur humanitären Hilfe (Resolution 46/182) stammt aus dem Jahr 1991. Die Resolution zur stärkeren Koordinierung der humanitären Nothilfe der Vereinten Nationen betont die Wichtigkeit der Koordination in Notsituationen, unterstreicht dabei aber auch, dass die Souveränität und territoriale Unversehrtheit von Staaten uneingeschränkt geachtet werden muss. Somit obliegt die Hauptrolle bei der Einleitung, Organisation, Koordination und Durchführung humanitärer Hilfsmaßnahmen den betroffenen Staaten. Des Weiteren wird der Zusammenhang zwischen Notstand, Sanierung und Entwicklung betont.

2005 wurde die Resolution durch die Humanitarian Reform Agenda erweitert, woraus auch die Cluster-Methode (Cluster approach) hervorging. Dabei werden verschiedene Bereiche gebündelt und die Koordination für diesen Bereich an eine bestimmte Stelle übertragen. Dadurch konnten schon einige Verbesserungen erzielt werden, allerdings ist die Ausführung durch oftmals ungenügende Ausbildung der Verantwortlichen nicht optimal.

Im Jahr 2013 rief UN-Generalsekretär Ban Ki-



moon den ersten Weltgipfel zur humanitären Hilfe für Mai 2016 in Istanbul aus. Die Konsultationen in den verschiedenen Regionen laufen bereits seit 2014, viele verschiedene Akteure sind beteiligt. Ban Ki-moon sagte, der Gipfel müsse genutzt werden, um eine starke globale Unterstützung für deutliche Veränderungen in der humanitären Hilfe zu erreichen. Dies sei der einzige Weg, den enormen Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte zu begegnen.

Auch die Ebola-Krise zeigte deutlich, dass es weiterer Anstrengungen bedarf, um internationalen Krisen entgegenzutreten. Der deutsche Außenminister Steinmeier schlug in dem Rahmen etwa vor, eine "Weißhelmtuppe" einzurichten, die in solchen Krisenfällen zur Verfügung steht: "Man kann sich etwas vorstellen wie Weißhelme. Nicht eine Organisation, die ständig besteht, aber ein Pool von Experten, von Medizinern, von Pflegepersonal, auf die man in solchen Krisenfällen zurückgreifen könnte."

Probleme

Wie erwähnt gibt es bereits mehrere Stellen, die versuchen, Katastrophenhilfe zu koordinieren. Allerdings liegt hier auch das erste Problem: Es fehlt ein zentraler Ansprechpartner. So werden die unterschiedlichen Ressourcen an verschiedenen Stellen gebündelt und können nicht zentral eingeteilt werden. Auch eine Auswertung des Cluster Approachs zeigte, dass die Koordination zwischen verschiedenen Bereichen oft schlecht ist und bei der Entstehung neuer Strukturen die Koordination mit vorhandenen Stellen nicht gut funktioniert. Des Weiteren sei auch die Ausbildung von Verantwortlichen nicht immer optimal, so dass hier viel Potenzial verloren gehe.

Problematisch ist auch, dass es immer mehr Katastrophen gibt, ergo immer mehr Material und Geld erforderlich sind und koordiniert werden müssen. Funktionierende Strukturen sind umso wichtiger. Humanitäre Katastrophen haben in ihrer Häufigkeit, ihrem Ausmaß und ihrer Komplexität zugenommen. Außerdem hat sich die Zahl der betroffenen Menschen innerhalb der letzten zehn Jahre nahezu verdoppelt

und wird in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Anfang des Jahres 2014 halfen internationale Hilfsorganisationen 52 Millionen Menschen in Not. Dies war mit Kosten in Höhe von 15,6 Milliarden US\$ verbunden, das bedeutet eine Verdoppelung des Bedarfs seit 2012.

Punkte zur Diskussion

Eine zentrale Koordination von Hilfsaktionen und Ressourcen ist von größter Bedeutung, um Doppelungen und Lücken zu vermeiden und eine angemessene Versorgung der Betroffenen sicher zu stellen. Damit dies geschehen kann, müssen folgende Fragen beantwortet werden:

- Wer ist verantwortlich? Eine genaue Information zur Lage sowie Koordination der Hilfskräfte und Materialien vor Ort ist für eine erfolgreiche Hilfe unerlässlich. Zugleich fehlen betroffenen Staaten im Ernstfall oft die Strukturen, personellen oder finanziellen Mittel. Wie können alle Akteure in den Prozess eingebunden werden?
- Wie kann eine bessere Planung erfolgen und schneller Hilfe geleistet werden? In Notsituationen sind gerade die ersten Stunden entscheidend, zugleich gibt es hier die meisten Probleme. Wie kann die Vorbereitung auf verschiedene Szenarien, die Ausbildung der Hilfsorganisationen, die Planung zur Bereitstellung/Verfügbarkeit der benötigten Ressourcen und deren Transport verbessert werden?
- Gibt es eine Möglichkeit, für eine gerechte Verteilung vor Ort zu sorgen, dabei Korruption und Ausbeutung Schutzbefohlener zu vermeiden und zugleich die lokale Eigenständigkeit zu bewahren?
- Wie können die Aktionen noch besser finanziert werden?



Wichtige Dokumente

- Resolution 46/182 der Generalversammlung:
<http://www.un.org/depts/german/gv/gv-bd-early/a-46-49-bd1.pdf>

Quellen

- UN Institutionen:
<http://www.dgvn.de/themenschwerpunkte/humanitaere-hilfe/un-institutionen-der-humanitaeren-hilfe/>
- ON OCHA:
<http://www.unocha.org/what-we-do/coordination-tools/logistics-support/response-teams>
- CERF:
<http://www.unocha.org/cerf/about-us/who-we-are>
- UN, Humanitarian Aid (Englisch):
<http://www.un.org/en/sections/what-we-do/deliver-humanitarian-aid/index.html>
- <https://www.humanitarianresponse.info/en/home>
- Statement von Ban Ki-moon:
<http://www.un.org/sg/statements/index.asp?nid=8555> (Englisch)
- Weltgipfel:
<http://www.dgvn.de/meldung/un-weltgipfel-fuer-humanitaere-hilfe-2016/>
- <https://www.worldhumanitariansummit.org/> (Website des Weltgipfels mit Informationen und Ergebnissen der bisherigen Konsultationen)
- Weisshelme:
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ebola-steinmeier-schlaegt-weisshelmtuppe-vor-a-998127.html>



Kurzeinführung Völkerrecht für den WiSo

Das Völkerrecht regelt die Beziehungen der Staaten untereinander und zu internationalen Organisationen. Es setzt sich vor allem aus zwischenstaatlichen Verträgen und der allgemein als rechtsverbindlich anerkannten Praxis der Staaten (Völkergewohnheitsrecht) zusammen. Dabei handelt es sich um ungeschriebene Gesetze, die alle Akteure anerkennen und achten. Auf nationaler Ebene sorgen Polizei und Gerichte für die Einhaltung der Gesetze. Auf internationaler Ebene fehlt ein Akteur, der völkerrechtliche Regelungen durchsetzt, sodass sie häufig missachtet werden. Die einzige Möglichkeit, solche Völkerrechtsverletzungen zu ahnden, besteht meistens in öffentlichem, diplomatischem, wirtschaftlichem oder militärischem Druck.

Souveränität

Souveränität bedeutet, dass ein Staat innerhalb der eigenen Grenzen und gegenüber anderen Staaten unabhängig agieren kann und in der Ausübung seiner Staatsgewalt frei ist. Zwischen den souveränen Staaten besteht ein Gleichheitsgrundsatz. Nur völkerrechtliche Verpflichtungen können Staaten in ihrem Handeln einschränken. Hierzu zählt bspw. der Grundsatz des Gewaltverzichts in der Charta der Vereinten Nationen: Einem Mitgliedsstaat ist es außer in Fällen der Selbstverteidigung verboten, mit Gewalt gegen andere Staaten vorzugehen. Die Souveränität eines Staates wird verletzt, wenn gegen seinen Willen auf seinem Staatsgebiet interveniert wird. Außerdem kann der UN-Sicherheitsrat zur Wahrung der internationalen Sicherheit und des Weltfriedens mit verbindlichen Resolutionen die Souveränität der UN-Mitgliedsstaaten einschränken. Kein Eingriff in die Souveränität liegt vor, wenn Staaten freiwillig neue Verpflichtungen eingehen, z. B. durch den Beitritt zu einem völkerrechtlichen Vertrag. Auch Empfehlungen der Vereinten Nationen stellen keinen Souveränitätseingriff dar, da sie unverbindlich sind. Staaten können dagegen verstoßen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Vereinte Nationen

Die Vereinten Nationen haben die Aufgabe, für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, friedliche Streitbeilegung, Zusammenhalt bei wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und humanitären Problemen sowie die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu sorgen. Die Kompetenzen der Vereinten Nationen sind hierbei sehr beschränkt. Alleine der Sicherheitsrat kann gemäß Kapitel VII der Charta für einzelne Staaten völkerrechtlich verbindliche Regelungen treffen und auch das nur, wenn eine Bedrohung des Weltfriedens oder der internationalen Sicherheit vorliegt. Die anderen Gremien können Staaten nur Vorschläge machen und ihnen ein bestimmtes Handeln empfehlen.

Wirtschafts- und Sozialrat

Der Wirtschafts- und Sozialrat behandelt Fragen in den Bereichen Wirtschaft, Sozialwesen, Kultur, Erziehung sowie Gesundheit (Art. 61ff. UN-Charta).

Er kann Untersuchungen durchführen, Berichte erstellen sowie Resolutionen zu seinem Themenbereich verabschieden. Hierbei kann der Wirtschafts- und Sozialrat gegenüber der Generalversammlung, den Staaten der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen Empfehlungen geben und Vorschläge übermitteln. Außerdem kann er im Rahmen seiner Zuständigkeit Konferenzen einberufen. Er koordiniert darüber hinaus die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen. Verbindlich kann der Wirtschafts- und Sozialrat Ausschüsse für bestimmte Themengebiete einrichten.

Selbst wenn die Resolutionen des Wirtschafts- und Sozialrates völkerrechtlich unverbindlich sind, wird ihnen vor allem von der interessierten Öffentlichkeit sowie Verbänden aus den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Umwelt große Beachtung geschenkt. Ein wichtiger Faktor ist dabei die bei den Vereinten Nationen vorherrschende Konsensorientierung: Die Mitgliedsstaaten sind immer darum bemüht, Resolutionen mit breiter Mehrheit oder sogar einstimmig zu verabschieden. Dieses Prinzip sorgt für



einen großen Rückhalt der verabschiedeten Inhalte und begünstigt auch vor dem Hintergrund der Unverbindlichkeit deren Einhaltung.

Hinweis für das Verfassen von Arbeitspapieren und Resolutionsentwürfen

Grundsätzlich haben Resolutionen im Wirtschafts- und Sozialrat nur empfehlenden und vorschlagenden Charakter. Keinesfalls können Sie gegenüber Staaten verbindliche Regelungen treffen.